

PRESSEMITTEILUNG 26.01.2010

Situation für Leverkusener Bürgerschaft hat sich durch Polizeineugliederung verschlechtert

Leverkusen - Vor drei Jahren wurde das Leverkusener Polizeipräsidium aufgelöst und die Zuständigkeit an das Kölner Polizeipräsidium übertragen. Innenminister Wolf (FDP) versprach 2006, dass die operative Polizeiarbeit zum Vorteil des Bürgers verstärkt würde. Er versprach auch, dass nicht weniger Polizeibeamte in Leverkusen zur Verfügung stehen würden, sondern mehr.

Im Vorfeld der Zusammenlegung setzten sich viele Menschen, darunter zahlreiche erfahrene Polizeibeamte, in einem breiten Aktionsbündnis für den Erhalt des Leverkusener Polizeipräsidiums ein. Obwohl der Landesregierung die Bedenken ausführlich dargestellt und 47.000 Unterschriften gegen die Neugliederung vorgelegt wurden, hielt sie an der Zusammenlegung fest.

Eine erste Bilanz der Neugliederung bestätigt nun die damaligen Befürchtungen. Viele Polizeibeamte wurden in zentrale Dienststellen des Kölner Polizeipräsidiums abgezogen. Dazu gehören auch rund zwei Drittel aller in Leverkusen ortskundigen Kriminalbeamten. Untergeordnete Dienststellen, wie beispielsweise die für Verkehrsdelikte zuständigen Verkehrskommissariate und die für Leverkusen in der Vergangenheit äußerst erfolgreich arbeitenden Verkehrserzieher, wurden in Bensberg und Köln untergebracht. Delikte, die aus Sicht des Bürgers erhöhter polizeilicher Aufmerksamkeit bedürfen, werden nun von der Zentrale in Köln bearbeitet. Für Leverkusener Bürger bedeutet dies, dass sie wesentlich längere Wege in Kauf nehmen müssen, um zur zuständigen Dienststelle zu gelangen.

Die Kriminalstatistik der letzten drei Jahre bestätigt die Befürchtungen aus dem Jahr 2006. So zeigt die Statistik für das Jahr 2008 auf, dass im Stadtgebiet Leverkusen der Kriminalitätsrückgang im Verhältnis zum Landesdurchschnitt und besonders im Verhältnis zum Stadtgebiet Köln deutlich unterdurchschnittlich war. Im Bezug zum Landestrend und vor allem in Bezug auf den Kölner Trend hat sich die Situation in Leverkusen sogar eher verschlechtert als verbessert. Viele Bürger beklagen sich über den Rückgang der Polizeipräsenz auf den Straßen Leverkusens und bemängeln zudem, dass sich der Zeitraum zwischen der Benachrichtigung bis zum Eintreffen der Polizei seit der Neugliederung deutlich verlängerte. Somit trat genau das Gegenteil von dem ein, was Innenminister Wolf den Leverkusenern im Zuge der Zusammenlegung versprach.

Aus diesem Grund führt die Fraktion "Freie Wähler OWG-UWG" die Arbeit des Aktionsbündnisses für die Polizei in Leverkusen fort und knüpft nahtlos an die seinerzeit erarbeiteten alternativen Konzepte an. Diese zeigen auf, wie auch ohne eine Zusammenlegung der Polizei von Leverkusen und Köln die vom Innenminister verlangten „Synergieeffekte“ zur Freisetzung zusätzlichen operativen Personals erreicht werden können.

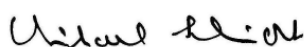
Deshalb fordert die Fraktion "Freie Wähler OWG-UWG" die heutige Landesregierung und alle Landtagsparteien auf, endlich eine Polizeigebietsreform durchzuführen, die ausgewogen ist und die wirklich zur Verbesserung der jeweiligen Situation vor Ort beiträgt. Übereinstimmung besteht darin, dass ein Polizeipräsidium Leverkusen mit ausschließlicher Zuständigkeit für das Stadtgebiet Leverkusen aus fachlicher Sicht nicht mehr zeitgemäß ist. Ein Mittelzentrum wie Leverkusen, das an die ländlich strukturierten Bereiche des bergischen Landes grenzt, benötigt jedoch eine völlig andere polizeiliche Infrastruktur wie die Fast-Millionenstadt Köln. Unsere Stadt muss Teil einer eigenständigen „rechtsrheinischen Polizeibehörde“ ohne Köln unter Einbezug der heutigen Behörden Rhein/Berg und Oberberg werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen genau wissen, wo die für sie zuständige Polizeidienststelle zu finden ist, die eine polizeiliche Rundumversorgung sicherstellt. Nach Auffassung der Fraktion "Freie Wähler OWG-UWG" ist es unhaltbar, dass je nach Vorfall die Menschen zwischen Leverkusen und verschiedenen Kölner Anlaufpunkten hin und her geschickt werden. Weitere Details zu einer praxisorientierten Alternative einer Polizeistruktur, die den Interessen der Bürger Leverkusens gerecht wird, sind nachzulesen auf der Website www.owg-uwg-leverkusen.de

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Fraktion Freie Wähler OWG-UWG



Winfried Osthoff
(Fraktionsgeschäftsführer)



Michael Schmidt
(Pressesprecher)